



Anhang

für das Haushaltsjahr 2014

Gliederung

1. Rechtsgrundlagen – Vorschriften zum Anhang der Bilanz

- 1.1 Vorbemerkung
- 1.2 § 108 GemO – Jahresabschluss
- 1.3 § 48 GemHVO – Anhang
- 1.4 § 43 GemHVO – Allgemeine Grundsätze für die Gliederung
- 1.5 § 47 Abs. 2 GemHVO – Bilanz
- 1.6 § 33 Abs. 1 Nr. 2, 3 und 5 GemHVO - Allgemeine Bewertungssätze
- 1.7 § 36 Abs. 1 Nr. 1 und 2 sowie Abs. 2, 3 GemHVO – Rückstellungen
- 1.8 § 37 Abs. 1 S.1 GemHVO – Rechnungsabgrenzungsposten

Teil 2 Erläuterungen

2. Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

- 2.1 Vorbemerkung
- 2.2 Erläuterungen zum Eigenkapital und der Ergebnisrechnung
- 2.3 Weitere Bewertungsgrundsätze
- 2.4 Erläuterungen zu einzelnen Bilanzpositionen
- 2.5 Sonstige Angaben
 - SPNV-Verkehrsverträge
 - Angaben zur Fahrzeugfinanzierung im DNSW Los 2
 - Personalbestand

3. Unterlassen von Angaben und Erläuterungen

1. Rechtsgrundlagen – Vorschriften zum Anhang der Bilanz

1.1. Vorbemerkung

Für den Zweckverband Schienenpersonennahverkehr Rheinland-Pfalz Süd (ZSPNV Süd) gelten gemäß § 7 KomZG (Landesgesetz über die kommunale Zusammenarbeit) Abs. 1 (soweit das Gesetz oder andere Rechtsvorschriften nicht etwas anderes bestimmen) die Bestimmungen der Gemeindeordnung sowie die dazu ergangenen Rechtsverordnungen in der jeweils geltenden Fassung, nach Nr. 7 auch für die Wirtschaftsführung (geregelt in den §§ 78 bis 110 und §§ 112 bis 116).

Dabei treten als Organe des Zweckverbands an die Stelle des Gemeinderats die Verbandsversammlung (KomZG § 8 Abs. 1) und an die Stelle des Bürgermeisters der Verbandsvorsteher (KomZG § 9 Abs. 1). An die Stelle der Beigeordneten treten die stellvertretenden Verbandsvorsteher. An die Stelle der Gemeindeverwaltung tritt die für die Führung der Verwaltungsgeschäfte des Zweckverbands zuständige Behörde (KomZG § 9 Abs. 2).

1.2. § 108 GemO - Jahresabschluss

(1) Die Gemeinde hat für den Schluss eines jeden Haushaltsjahres einen Jahresabschluss aufzustellen, in dem das Ergebnis der Haushaltswirtschaft des Haushaltsjahres nachzuweisen ist. Er hat das Vermögen, das Eigenkapital, die Sonderposten, die Rückstellungen, die Verbindlichkeiten, die Rechnungsabgrenzungsposten, die Erträge und Aufwendungen sowie die Einzahlungen und Auszahlungen vollständig zu enthalten, soweit durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes nichts anderes bestimmt ist. Der Jahresabschluss hat unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gemeinde zu vermitteln.

(2) Der Jahresabschluss besteht aus:

1. der Ergebnisrechnung,
2. der Finanzrechnung,
3. den Teilrechnungen,
4. der Bilanz,
5. dem Anhang.

(3) Dem Jahresabschluss sind als Anlagen beizufügen:

1. der Rechenschaftsbericht,
2. der Beteiligungsbericht gemäß § 90 Abs. 2 GemO,
3. die Anlagenübersicht,
4. die Forderungsübersicht,
5. die Verbindlichkeitenübersicht,
6. eine Übersicht über die über das Ende des Haushaltsjahres hinaus geltenden Haushaltsermächtigungen.

(4) Der Jahresabschluss ist innerhalb von sechs Monaten nach Abschluss des Haushaltsjahres aufzustellen.

1.3. § 48 GemHVO – Anhang

- (1) In den Anhang sind diejenigen Angaben aufzunehmen, die zu den einzelnen Posten der Ergebnisrechnung, der Finanzrechnung und der Bilanz vorgeschrieben sind.
- (2) Im Anhang sind ferner anzugeben und zu erläutern:
 1. die auf die Posten der Ergebnisrechnung, der Finanzrechnung und der Bilanz angewandten Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden,
 2. Abweichungen von den bisher angewandten Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden mit einer Begründung; die sich daraus ergebenden Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage sind gesondert darzustellen,
 3. Trägerschaften bei Sparkassen, sofern diese nicht bilanziert sind,
 4. die Grundlage für die Umrechnung in Euro, soweit der Jahresabschluss Posten enthält, denen Beträge zugrunde liegen, die auf fremde Währung lauten oder ursprünglich auf fremde Währung lauteten,
 5. Angaben über die Einbeziehung von Zinsen für Fremdkapital in die Herstellungskosten,
 6. Vermögensgegenstände des Anlagevermögens, für die Rückstellungen für unterlassene Instandhaltung gebildet worden sind, unter Angabe des Rückstellungsbetrages,
 7. alle gesetzlichen oder vertraglichen Einschränkungen zu den in der Bilanz ausgewiesenen Grundstücken und grundstücksgleichen Rechten sowie Gebäuden und anderen Bauten, die sich auf deren Nutzung, Verfügbarkeit oder Verwertung beziehen,
 8. drohende finanzielle Belastungen, für die keine Rückstellungen gebildet wurden (z. B. für Großreparaturen, Rekultivierungs- und Entsorgungsaufwendungen, unterlassene Instandhaltung, sofern keine Wertminderung der betroffenen Vermögensgegenstände möglich ist),
 9. Verpflichtungen aus Leasingverträgen und sonstigen kreditähnlichen Rechtsgeschäften,
 10. Haftungsverhältnisse aus der Bestellung von Sicherheiten für fremde Verbindlichkeiten, gegliedert nach Arten und unter Angabe des jeweiligen Gesamtbetrages,
 11. sonstige Haftungsverhältnisse, die nicht in der Bilanz auszuweisen sind; Verpflichtungen gegenüber Tochterorganisationen, die in den Gesamtabschluss einzubeziehen sind, sind gesondert anzugeben,
 12. in Anspruch genommene Verpflichtungsermächtigungen, die noch keine Verbindlichkeiten begründen,
 13. sonstige Sachverhalte, aus denen sich finanzielle Verpflichtungen ergeben können; Verpflichtungen gegenüber Tochterorganisationen, die in den Gesamtabschluss einzubeziehen sind, sind gesondert anzugeben,
 14. noch nicht erhobene Entgelte und Abgaben aus fertig gestellten Erschließungs- und Ausbaumaßnahmen,
 15. Rückstellungen, die in der Bilanz unter dem Posten „Sonstige Rückstellungen“ nicht gesondert ausgewiesen werden, wenn deren Umfang erheblich ist; Aufwandsrückstellungen sind stets gesondert anzugeben und zu erläutern,

16. die Subsidiärhaftung aus der Zusatzversorgung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern,
 17. für jede Art derivativer Finanzinstrumente:
 - a) Art und Umfang der Finanzinstrumente und
 - b) der beizulegende Wert der betreffenden Finanzinstrumente, soweit sich dieser verlässlich ermitteln lässt, unter Angabe der angewandten Bewertungsmethode, sowie eines gegebenenfalls vorhandenen Buchwertes und des Bilanzpostens, in welchem der Buchwert erfasst ist,
 18. in welchen Fällen aus welchen Gründen die lineare Abschreibungsmethode nicht angewendet wurde,
 19. Veränderungen der ursprünglich angenommenen Nutzungsdauer von Vermögensgegenständen,
 20. Name und Sitz der Organisationen, deren Anteile zu mindestens 5 v.H. der Gemeinde oder einer für Rechnung der Gemeinde handelnden Person gehören; außerdem sind für jede dieser Organisationen die Höhe des Anteiles am Kapital, das Eigenkapital oder ein nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag sowie das Ergebnis des letzten Geschäftsjahres, für das ein Jahresabschluss vorliegt, anzugeben; auf die Berechnung der Anteile ist § 16 Abs. 2 und 4 des Aktiengesetzes vom 6. September 1965 (BGBl. I S. 1089), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 22. September 2005 (BGBl. I S. 2802) anzuwenden,
 21. Name, Sitz und Rechtsform der Organisationen, für die die Gemeinde uneingeschränkt haftet,
 22. die durchschnittliche Zahl der Beamtinnen und Beamten sowie der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Haushaltsjahr.
 23. mit dem Familiennamen und mindestens einem ausgeschriebenen Vornamen die Mitglieder des Gemeinderats, auch wenn sie diesem im Haushaltsjahr nur zeitweise angehört haben.
- (3) Angaben und Erläuterungen nach Abs. 2 Nr. 20 und 21 dürfen statt im Anhang auch gesondert in einer Aufstellung des Anteilsbesitzes gemacht werden. Diese Aufstellung ist Bestandteil des Anhangs.
- (4) Die Angaben und Erläuterungen nach Abs. 2 können unterbleiben, soweit sie unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung für die Darstellung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gemeinde von untergeordneter Bedeutung sind.

1.4. § 43 GemHVO – Allgemeine Grundsätze für die Gliederung

- (1) Die Form der Darstellung, insbesondere die Gliederung der aufeinander folgenden Ergebnisrechnungen, Finanzrechnungen, Teilrechnungen und Bilanzen, ist beizubehalten, soweit nicht in Ausnahmefällen wegen besonderer Umstände Abweichungen erforderlich sind. Die Abweichungen sind im Anhang anzugeben und zu begründen.
- (2) Fällt ein Vermögensgegenstand, ein Sonderposten, eine Rückstellung oder eine Verbindlichkeit unter mehrere Posten der Bilanz, so ist die Mitzugehörigkeit zu anderen Posten bei dem Posten, unter dem der Ausweis erfolgt ist, zu vermerken oder im Anhang anzugeben, wenn dies zur

Aufstellung eines klaren und übersichtlichen Jahresabschlusses erforderlich ist.

- (3) Eine weitere Untergliederung der Posten der Ergebnisrechnung, der Finanzrechnung und der Bilanz ist zulässig; dabei ist jedoch die vorgeschriebene Gliederung zu beachten. Neue Posten dürfen hinzugefügt werden, wenn ihr Inhalt nicht von einem vorgeschriebenen Posten gedeckt wird. Die Ergänzung ist im Anhang anzugeben und zu begründen.

1.5. § 47 Abs. 2 GemHVO – Bilanz

- (2) In der Bilanz ist zu jedem Posten der entsprechende Betrag der Bilanz des Haushaltsvorjahres anzugeben; erhebliche Veränderungen sind im Anhang anzugeben und zu erläutern. Ebenfalls im Anhang sind anzugeben und zu erläutern:
1. Posten, die mit jenen der Bilanz des Haushaltsvorjahres nicht vergleichbar sind
und
 2. die betragsmäßige Anpassung von Posten der Bilanz des Haushaltsvorjahres.

1.6. § 33 Abs. 1 Nr. 2, 3 und 5 GemHVO - Allgemeine Bewertungssätze

2. die Vermögensgegenstände, Sonderposten, Rückstellungen, Verbindlichkeiten und Rechnungsabgrenzungsposten sind zum Bilanzstichtag einzeln zu bewerten, soweit diese Verordnung keine anderen Bewertungsverfahren zulässt,
3. es ist vorsichtig zu bewerten; vorhersehbare Risiken und Verluste, die bis zum Bilanzstichtag entstanden sind, sind zu berücksichtigen, selbst wenn diese erst zwischen dem Bilanzstichtag und dem Tag der Aufstellung des Jahresabschlusses bekannt geworden sind; Erträge sind nur zu berücksichtigen, soweit sie am Bilanzstichtag realisiert sind,
4. (...)
5. die auf den vorhergehenden Jahresabschluss angewandten Bewertungsmethoden sollen beibehalten werden; begründete Abweichungen sind im Anhang anzugeben und zu erläutern,

1.7. § 36 Abs. 1 Nr. 1 und 2 sowie Abs. 2, 3 GemHVO – Rückstellungen

- (1) Rückstellungen sind zu bilden für folgende ungewisse Verbindlichkeiten und Aufwendungen:
1. Pensionsverpflichtungen aufgrund von beamtenrechtlichen oder vertraglichen Ansprüchen,
 2. Beihilfeverpflichtungen gegenüber Versorgungs- und Rentenempfängern,

- (2) Rückstellungen sind mit dem Betrag der voraussichtlichen Inanspruchnahme der Gemeinde anzusetzen. Rückstellungen nach Absatz 1 Satz 1 Nr. 1 sind zum Barwert der erworbenen Versorgungsansprüche nach dem Teilwertverfahren anzusetzen; dabei ist der Rechnungszinsfuß zugrunde zu legen, der nach den Vorschriften des Einkommensteuergesetzes für die Bemessung der Pensionsrückstellungen maßgebend ist.
- (3) Rückstellungen sind aufzulösen, soweit der Grund für ihre Bildung entfallen ist.

1.8. § 37 Abs. 1 S.1 GemHVO - Rechnungsabgrenzungsposten

- (1) Als Rechnungsabgrenzungsposten sind auf der Aktivseite vor dem Bilanzstichtag geleistete Ausgaben auszuweisen, soweit sie Aufwand für eine bestimmte Zeit nach dem Bilanzstichtag darstellen.

Teil 2: Erläuterungen

2. Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze

2.1 Vorbemerkung

Das Nahverkehrsgesetz (NVG) sieht keine Ausstattung des Zweckverbandes mit Eigenkapital vor.

Für die Wahrnehmung der Verwaltungsgeschäfte stellt der Landesbetrieb Mobilität das notwendige Verwaltungspersonal und die Verwaltungseinrichtung zur Verfügung (vgl. § 6 Abs. 6 NVG).

Zur Durchführung seiner Aufgaben nach § 4 NVG erhält der Zweckverband gemäß § 10 Abs. 2 NVG pauschale Zuweisungen des Landes sowie Sonderzuweisungen nach dem Landeshaushalt Rheinland-Pfalz.

Bei Gründung des ZSPNV Süd wurde von den Mitgliedern kein Stammkapital eingezahlt, so dass der ZSPNV Süd neben den o.g. Zuweisungen über keine weiteren Finanzmittel verfügt.

2.2 Erläuterungen zum Eigenkapital und der Ergebnisrechnung

Das **Eigenkapital** des ZSPNV Süd ist aufgrund der geltenden vorgenannten Rechtsgrundlagen in seiner Bilanz mit 0,00 € auszuweisen.

Folglich schließt die **Ergebnisrechnung** des ZSPNV Süd - unter gleichbleibenden Voraussetzungen - grundsätzlich mit einem Jahresergebnis von 0,00 €. Ein (vor zahlungsneutraler Abschlussbuchung gegen das Land) erzielter Jahresfehlbetrag oder Jahresüberschuss wird grundsätzlich durch das Land ausgeglichen und als

Forderung bzw. Verbindlichkeit gegenüber dem Land in der Bilanz ausgewiesen (Ausgleich durch das Land).

2.3 Weitere Bewertungsgrundsätze

Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten sind zum Nennbetrag ausgewiesen.

Forderungen

Für die Abrechnung noch nicht finalisierter Schlussrechnungen aus SPNV-Verkehrsverträgen werden aufgrund daraus zu erwartenden Forderungen für den ZSPNV Süd entsprechende Forderungen im Rahmen des Jahresabschlusses gebildet. Dabei handelt es sich um hinsichtlich des Zeitpunktes und der Höhe nach noch ungewisse Forderungen. Diese werden auf Basis der bereits vorliegenden Entwürfe zu den jeweiligen Schlussabrechnungen, alternativ auf Basis vorsichtiger Prognosen bewertet.

Alle sonstigen/weiteren zum 31.12.2014 offenen Forderungen sind mit den Nominalwerten ausgewiesen.

Verbindlichkeiten

Für die Abrechnung noch nicht finalisierter Schlussrechnungen aus SPNV-Verkehrsverträgen werden aufgrund der daraus zu erwartenden Forderungen an den ZSPNV Süd entsprechende Rückstellungen gem. § 36 Abs.1 Ziffer 10 GemHVO gebildet. Dabei handelt es sich um hinsichtlich des Zeitpunktes und der Höhe nach noch ungewisse Verbindlichkeiten. Diese werden auf Basis der bereits vorliegenden Entwürfe zu den jeweiligen Schlussabrechnungen, alternativ auf Basis vorsichtiger Prognosen bewertet.

Alle sonstigen/weiteren zum 31.12.2014 offenen Verbindlichkeiten sind mit den Erfüllungsbeträgen passiviert.

Zu den **Urlaubs- und Pensionsrückstellungen** erfolgte im Vergleich zum Vorjahr eine Verfahrensänderung. Die zum Vorjahr erfolgten **Urlaubsrückstellungen** wurden zum Jahresabschluss 2014 in voller Höhe aufgelöst und für das Jahr 2014 anhand der im Vorjahr angewandten Bewertungsmethode neu ermittelt und gebildet.

Die **Rückstellungen für Pensionen** wurden - abweichend zum Vorjahr aus Gründen der Klarheit und Übersichtlichkeit - zwischen Pensionsrückstellungen für Aktive (Bilanzkonto 24111) sowie für Versorgungsempfänger (24211) differenziert. Die Rückstellungen wurden mit Hilfe des Programms HPR 5 der Firma Haessler Information GmbH vorgenommen und zum Teilwert bilanziert. Den Berechnungen liegt ein Rechnungszinssatz von 6 % vom Hundert entsprechend den Vorschriften des EStG zugrunde. Daneben finden die Richttafeln 2005G von Prof. Dr. Klaus Heubeck Anwendung. Die Berechnung wurde von der pfälzischen Pensionsanstalt (ppa) durchgeführt.

2.4 Erläuterungen zu einzelnen Bilanzpositionen

Da der ZSPNV Süd nach § 6 Abs. 6 NVG für die Wahrnehmung der laufenden Geschäfte sowie für die Vorbereitung und Durchführung der Beschlüsse der Verbandsversammlung das notwendige Verwaltungspersonal und die Verwaltungseinrichtungen vom Landesbetrieb Mobilität unentgeltlich zur Verfügung gestellt bekommt und darüber hinaus keine finanziellen Beteiligungen an Vermögensgegenständen getätigt hat, weist Position 1.2.10 der Bilanz – **Sachanlagevermögen** – einen Wert von 0,00 € aus.

Bei den **Aktiven Rechnungsabgrenzungsposten** handelt es sich prinzipiell um Auszahlungen, die bereits in 2014 getätigt wurden, tatsächlich aber Aufwand des Jahres 2015 darstellen. Der Betrag dieser beläuft sich auf 8.418,40 €.

Darin enthalten sind klassischerweise die Januargehälter der Beamten, die noch im Dezember des alten Jahres auszuzahlen sind sowie vorab bezahlte Leistungen an Versorgungskassen.

Erhebliche Veränderungen zum Vorjahr

Die **Forderungen gegen das Land** weisen zum Vorjahr eine Veränderung in Höhe von -5.207.199,82 € auf (Bilanzposition 2.2.1., Bilanzkonto 15444000) und belaufen sich zum 31.12.2014 auf 6.263.645,20 €.

Dies ist darin begründet, dass der Ausgleich der Ergebnisrechnung der Höhe nach jährlich – aufgrund der Finanzierung des Zweckverbandes gemäß NVG (vgl. 2.1) – als Forderung (so negativ) bzw. als Verbindlichkeit (so positiv) gegen das Land bilanziert wird. Da zum Ausgleich der Ergebnisrechnung 2013 eine deutlich höhere Forderung gegen das Land erwirtschaftet und bilanziert wurde als im Jahr 2014, ergibt sich bei dieser Position eine erhebliche Abweichung zum Vorjahr.

Die **Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen / gegenüber dem privaten Bereich** weisen zum Vorjahr eine Abweichung in Höhe von 4.829.645,40 € auf.

Die maßgebliche Ursache hierfür liegt in der Höhe der gebildeten Rückstellungen für die Abrechnung noch nicht finalisierter Schlussrechnungen aus SPNV-Verkehrsverträgen. Die hierfür gebildeten Rückstellungen im Vorjahr waren deutlich höher als im Jahr 2014. Dies ist insbesondere auf das sukzessive Abschmelzen der Zugkilometer-Leistungen des Landesverkehrsvertrages zurück zu führen.

2.5 Sonstige Angaben

Finanzielle Verpflichtungen bestehen insbesondere aufgrund der langjährig geschlossenen **SPNV-Verkehrsverträge**.

Zum 31. Dezember 2014 bestanden im Schienenpersonennahverkehr im südlichen Rheinland-Pfalz 19 öffentliche Dienstleistungsaufträge mit Eisenbahnunternehmen, im Rahmen dieser 18,95 Mio. Zugkilometern erbracht wurden. Die Vertragslaufzeiten und dadurch entstehende **langjährige finanzielle Verpflichtungen** des ZSPNV Süd sind in der folgenden Tabelle dargestellt:

Tabelle 1: Bestehende SPNV-Verkehrsverträge des ZSPNV Süd in 2014

Lfd. Nr.	Netz	Beginn der Vertragslaufzeit (bzw. Vertragsabschnitt)	Ende der Vertragslaufzeit (bzw. Vertragsabschnitt)	Betriebsleistung pro Kalenderjahr in Mio. Zugkm im 1. Fahrplanjahr *	Betreiber	Bemerkungen
1	Landesverkehrsvertrag	14.12.2003	13.12.2014	10,10	DB Regio AG	Stand 2003:16,6 Zug-Km (wird mit jedem Vergabeverfahren abgeschmolzen)
2	Donnersbergbahn	30.05.1999	13.12.2014	0,16	Rhenus Veniro GmbH & Co. KG	
3	S-Bahn Rhein-Neckar	14.12.2003	13.12.2016	2,03	DB Regio AG	
4	Mittelrheinbahn	14.12.2008	09.12.2023	0,86	TransRegio Deutsche Regionalbahn GmbH	
5	Südhessennetz	14.12.2008	08.12.2018	0,10	DB Regio AG	
6	Süd-und Westpfalznetz, Los 1 - Westpfalz	14.12.2008	14.12.2023	2,90	DB Regio AG	
7	Süd-und Westpfalznetz, Los 2 - Südpfalz	12.12.2010	14.12.2023	2,10	DB Regio AG	
8	Stadtbahn Karlsruhe Karlsruhe -Wörth	01.01.2009	10.12.2016	0,12	Albtal-Verkehrs-Gesellschaft mbH	
9	Stadtbahn Karlsruhe Karlsruhe -Wörth - Gernersheim	12.12.2010	14.12.2023	0,54	Albtal-Verkehrs-Gesellschaft mbH	
10	Trier -Saarbrücken - Kaiserslautern	14.12.2008	14.12.2014	0,46	DB Regio AG	
11	RE-Netz Rheinland-Pfalz	14.12.2014	08.12.2029	2,08	DB Regio AG	
12	Dieselnetz Südwest, Los 2 (vlexx)	14.12.2014	01.06.2037	4,90	Vertragsübergabe: Regentalbahn AG / Die Länderbahn an: vlexx GmbH	5,34 Zugkm ab dem 3. Fahrplanjahr
15	RE Neustadt -Landau -Karlsruhe & RB Landau-Pirmasens	14.12.2014	09.12.2023	1,61	DB Regio AG	Die Strecke Landau-Pirmasens wird aus dem Südpfalznetz herausgelöst, um ein Flügeln und Kuppeln der Züge in Landau Hbf zu ermöglichen.
16	KBS 670 => S-Bahn S1 Kaiserslautern – Landesgrenze (– Homburg) KBS 665.33 => S-Bahn Gernersheim – Landesgrenze (– Bruchsal)	14.12.2014	11.12.2016	0,36	DB Regio AG	Interimsvergabe bis zur Betriebsaufnahme der S-Bahn Rhein-Neckar, Los 1, im Dezember 2016.
17	KBS 670, 710.51, 665.3-4 (je einzelne Leistungen) => Kaiserslautern/Wörth - Ludwigshafen BASF	14.12.2014	10.12.2017	0,15	DB Regio AG	Interimsvergabe bis zur Betriebsaufnahme der S-Bahn Rhein-Neckar, Los 1, im Dezember 2017.
18	KBS 660 => Mainz – Ludwigshafen – Landesgrenze (– Mannheim – Mannheim-Friedrichsfeld)	14.12.2014	10.12.2017	1,61	DB Regio AG	Interimsvergabe bis zur Betriebsaufnahme der S-Bahn Rhein-Neckar, Los 2, im Dezember 2017.
19	KBS 670 => Kaiserslautern – Landesgrenze (– Homburg – Saarbrücken) KBS 680 => Neubrück – Landesgrenze (– St. Wendel – Saarbrücken)	14.12.2014	08.12.2018	0,38	DB Regio AG	Interimsvergabe bis zur Betriebsaufnahme RB Saar.

* Die Angaben basieren auf dem Stand des jeweiligen Vertragsabschlusses, stellen also den Anteil des ZSPNV Süd dar und berücksichtigen nicht die Anteile Dritter

Angaben zur Fahrzeugfinanzierung im DNSW Los 2

Nach Maßgabe des Verkehrsvertrages im Dieselnetz Südwest (DNSW) Los 2 hat der ZSPNV Süd sich im Rahmen des Fahrzeugfinanzierungskonzepts des genannten Netzes verpflichtet, gegenüber den finanzierenden Banken (Kreditgebern) und dem Leasinggeber eine Kapitaldienstgarantie abgegeben.

Die Zahlungsgarantie ist der Höhe nach auf den Anteil des ZSPNV Süd an den Fahrzeugfinanzierungskosten beschränkt. Die Zahlungspflichten beschränken sich demnach auf einen Höchstbetrag von insgesamt 382.655.410,22 €.

Diese außerbilanzielle finanzielle Verpflichtung besteht, bis alle gesicherten Forderungen vollständig, ohne Vorbehalte und endgültig erfüllt wurden.

Die Vertragslaufzeit beginnt am 14.12.2014 und endet am 13.06.2037.

Personalbestand

Verbandsdirektor seit 01.04.2008 ist Herr Michael Heilmann. Er erhält eine Vergütung entsprechend Beamtenbesoldung und Versorgung.

Verbandsvorsteher seit 30.10.2001 ist Herr Dr. Winfried Hirschberger, stellvertretender Verbandsvorsteher seit 01.01.2011 Herr Hans Georg Löffler.

Der ZSPNV Süd hat darüber hinaus einen geringfügig beschäftigten Mitarbeiter angestellt.

3. Unterlassen von Angaben und Erläuterungen

Hinweis

Nach § 48 Abs. 4 GemHVO können Angaben und Erläuterungen nach Absatz 2 unterbleiben, soweit sie unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung für Gemeinden für die Darstellung der Vermögens- und Finanzlage der Gemeinde von untergeordneter Bedeutung sind.